



**Pflegenotstand**

**Mehr  
Rückendeckung  
für Pflegekräfte**

Positionspapier der  
FDP-Landtagsfraktion

Juni 2021



**Dennys Bornhöft, MdL,**  
Gesundheitspolitischer Sprecher,  
FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

**Freie  
Demokraten**



Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein **FDP**

# Mehr Rückendeckung für Pflegekräfte



Die Pflege ist ein systemrelevanter Bereich, der es Menschen ermöglicht, trotz starker Einschränkungen Würde und Selbstbestimmung zu wahren und Teilhabe an der Gesellschaft zu erleben. Zudem ist sie für die Angehörigen sehr wichtig, da sie Unterstützung und Hilfe bei pflegebedürftigen Eltern, Großeltern etc. erhalten. Die einfühlsame, aber auch zupackende Arbeit ist daher von enormem Wert für eine Gesellschaft. Dies spiegelt sich jedoch zu häufig nicht in den Arbeitsbedingungen oder Lohnsituationen wider.

Die Probleme des Pflegesektors bestehen bereits seit vielen Jahren. So ist der Fachkräftemangel in der Alten- und Krankenpflege kein neues Phänomen. Auch die Rahmenbedingungen im Arbeitsalltag und die Gehaltsstrukturen sorgen seit Jahren für Unzufriedenheit bei den Pflegekräften. Die Corona-Pandemie hat diese Probleme noch einmal sichtbar gemacht. Zudem ist mit der Pflegeberufekammer, welche von der Albig-Regierung ins Leben gerufen wurde, für die Pflegekräfte in Schleswig-Holstein keine Verbesserung ihrer Situation eingetreten, in der Wahrnehmung vieler war sogar eher das Gegenteil der Fall. Dies zeigten auch die vielfältigen, weit überwiegend ablehnenden Reaktionen der Pflegekräfte nach Errichtung der Pflegeberufekammer-SH sowie das Ergebnis der Urabstimmung über den Fortbestand der Kammer Anfang 2021. Dabei muss Politik die Rahmenbedingungen für die Arbeit in der Pflege verbessern und nicht unnötig erschweren. Für uns als FDP ist klar, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Denn Qualität in der Pflege bedeutet einerseits eine Erhöhung der Arbeitszufriedenheit sowie andererseits mehr Fürsorge für die Pflegebedürftigen insgesamt. Die FDP-Landtagsfraktion steht an der Seite der Pflegerinnen und Pfleger im Land und setzt sich für folgende Verbesserungen im Bereich der Pflege ein:

## **1. Pflegekräfte mehr wertschätzen und besser bezahlen**

In Deutschland herrscht Tarifautonomie, die wir als Freie Demokraten ausdrücklich unterstützen und verteidigen. Es ist primä-

re Aufgabe der Tarifparteien, also der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, für ein auskömmliches und für alle Seiten faires Lohnniveau zu sorgen. Im Pflegebereich scheint dieses System leider nicht so gut für eine angemessene Gehaltsfindung zu funktionieren. Zuletzt haben kirchliche Arbeitgeber im Februar 2021 einen deutschlandweit gültigen Tarifvertrag, der deutliche Verbesserungen für die Beschäftigten geschaffen hätte, verhindert. Tarifeinigungen sind in der Regel für alle Seiten die bessere Lösung und daher gesetzgeberischer Ersatzvornahme vorzuziehen. Aus unserer Sicht entspricht der gesetzliche Pflegemindestlohn nicht der Höhe, wie es der schweren Arbeit gebührt. Wertschätzung für eine verantwortungsvolle und wichtige Tätigkeit muss sich auch im Gehalt widerspiegeln, insbesondere in einer Branche mit großem Personalbedarf. Wir werden als Gesellschaft nicht umhinkommen, den Finanzrahmen der Pflegeversicherungen auszuweiten.

Jedwede Verbesserung auf Seiten der Pflegekräfte darf jedoch nicht zu einer Anhebung der Pflegekosten pflegebedürftiger Personen führen. Pflege, vor allem die Pflege im Alter, muss bezahlbar und für jede Person zugänglich bleiben. Die Sicherstellung der pflegerischen Versorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir Freie Demokraten fordern daher eine gesetzliche Obergrenze beim Eigenanteil der Pflegebedürftigen an den erforderlichen Pflegeleistungen. Alle darüber hinausgehenden und erforderlichen Pflegekosten sollen zukünftig von der Pflegeversicherung gezahlt werden. Hierdurch würde das bestehende Finanzierungssystem umgekehrt. Um weder die Belastung durch Versicherungsbeiträge noch die Eigenanteile der Betroffenen zu erhöhen, fordern wir die Öffnung der Pflegeversicherung für einen Zuschuss aus dem allgemeinen Steuerhaushalt – wie es bei den anderen Sozialversicherungssystemen bereits der Fall ist.

Die Vorgabe von wissenschaftlich erhobenen Personalschlüsseln ist eine wichtige Kennzahl, sowohl für das Personal als auch für die Pflegebedürftigen. Sollte bei zeitnaher Umsetzung dieser Schlüssel bei einigen Pflegestationen ein nicht kurzfristig über den Ar-



beitsmarkt zu deckender Personalbedarf bestehen, müssen Übergangsfristen berücksichtigt werden, um Stationsschließungen zu vermeiden.

## **2. Eine breit aufgestellte Trägerlandschaft tut der Pflege gut**

Die stationäre Pflege wird in Schleswig-Holstein mehrheitlich durch privatwirtschaftliche Träger gewährleistet; weiterer großer Akteur sind die freigemeinnützigen Träger, die viele Arbeitsplätze stellen. Die Pflegekräfte sollen die Wahl zwischen möglichst vielen Arbeitgebern haben, um so ihre eigenen Bedürfnisse, wie z.B. unterschiedliche Arbeitszeitmodelle, besser erfüllen zu können. Die Trägerstruktur ist bei uns kleinteilig. Insbesondere im ambulanten Sektor gibt es in Schleswig-Holstein viele kleine und mittlere inhabergeführte Pflegedienste mit häufig familiären Strukturen. Wir wollen diese inhabergeführten ambulanten Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen in Schleswig-Holstein stärken und ihre Existenz auch für die weitere Zukunft absichern, indem sie eine gleichwertige Alternative darstellen. Zudem sichern sie die ambulante Versorgung Pflegebedürftiger im ländlichen Raum.

## **3. Landes- und bundesweite Ausbildungsoffensive**

Wer sich für den Pflegeberuf entscheidet, muss auf dem Weg dorthin gefördert und unterstützt werden. Ausbildungskosten dürfen nicht durch die Auszubildenden selbst getragen werden. Das Land hat die Mittel für z.B. die Altenpflegeschulen erhöht, um die Auszubildenden von einem Eigenbeitrag (Schulgeld) freizuhalten. Wir schlagen vor, dass die Ausbildungsplätze an den Pflegeschulen in Schleswig-Holstein an den langfristigen Bedarf angepasst und somit deutlich erhöht werden. Gleiches gilt für die Anzahl der Pflegestudienplätze in Schleswig-Holstein sowohl am Standort Lübeck als auch an einem weiteren Studienstandort im Land. Des Weiteren fordern wir eine Ausweitung der dualen Pflegeausbildungsplätze mit angemesseneren Ausbildungsvergütungen.

## **4. Chancen von Migration und Einwanderung nutzen**

Wir verstehen Migration und Einwanderung als Chance, dem ansteigenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Noch immer sind die Hürden für Menschen aus Nicht-EU-Staaten zu hoch, um in Deutschland eine Arbeitsstelle aufzunehmen. Dies ist problematisch, liegen hier doch Potenziale, unserer anwachsenden Fachkräftelücke, nicht nur im Bereich der Pflege, entgegenzuwirken. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltungsverfahren zur Anerkennung von ausländischen Fachkräften und deren Abschlüssen auch im Kontext der Pflege weiter vereinfacht und beschleunigt werden. Die Anwerbungsversuche ausländischer Fachkräfte durch Bund und Arbeitgeber müssen insbesondere im Lichte des demographischen Wandels intensiviert werden.

Auch im Bereich der Sprachförderung sehen wir weiteren Handlungsbedarf. Sprache ist für eine gelingende Pflege, aber auch Integration in unsere Gesellschaft wichtig! Angebote, die die Sprachkompetenzen ausländischer Fachkräfte verbessern, sind auszuweiten, sodass der Spracherwerb kein Flaschenhals bei der Stellenbesetzung sein kann.

## **5. Zeit für Pflege in der Pflege – Chancen von Digitalisierung und Automation stärker nutzen**

Laut statistischen Erhebungen muss eine Pflegekraft bis zu 21 Minuten einer Arbeitsstunde für Dokumentationspflichten verwenden. Wir fordern, dass analoge Handakten der Geschichte angehören und digitale Lösungen nunmehr flächendeckend Einzug in den Pflegealltag halten. Der Zeitanteil für das Kümmern um die Pflegebedürftigen soll sich entsprechend erhöhen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen mit gut funktionierenden, digitalen Pflegedokumentationen ausgestattet werden. Pflegedokumentationen müssen durch Entbürokratisierung weiter verschlankt werden, damit mehr Zeit für die Pflegebedürftigen bleibt. Zudem fordern wir, dass Dokumentationspflichten bzgl. ihrer Sinnhaftigkeit fortlaufend überprüft werden und

## Für eine Politik für Pflegekräfte statt für Pflegekammern



Möglichkeiten der Automation mehr genutzt werden. Hierfür müssen sich vor allem auch die Kostenträger deutlich offener zeigen, sowohl bei der Überprüfung bürokratischer Regularien als auch bei der Refinanzierung digitaler Elemente. Diese Forderungen stehen unter der Zielstellung, dass die verwendete Arbeitszeit für die reguläre Pfl egetätigkeit erhöht wird. Wir möchten in Schleswig-Holstein ein Modellprojekt durchführen, welches die positiven Möglichkeiten der Digitalisierung und Automation im Arbeitsalltag untersucht und erprobt. Hierfür wollen wir umfassende finanzielle Mittel für Infrastruktur, Robotik als auch Softwarekomponenten zur Verfügung stellen.

### 6. Pflege immer am Puls der Zeit – Fortbildung und Supervision

Fortbildung ist ein wichtiger Schlüssel, um neueste wissenschaftliche Erkenntnisse, Best-Practice-Erfahrungen als auch gesetzliche Änderungen schneller in den pflegerischen Alltag zu integrieren. Der Pflegeberuf ist körperlich wie auch mental ein fordernder Beruf, wodurch Stress und Belastung auch nach dem Feierabend verbleiben können. Angebote der Supervision, um Stress besser zu bewältigen und möglichst nicht mit nach Hause zu nehmen, sollten mehr gefördert werden. Die Organisation und Finanzierung solcher Fortbildungen, seien sie verpflichtend oder freiwillig, obliegt in erster Linie der Arbeitgeberseite. Hierbei ist auch insbesondere auf das Modell des Bildungsurlaubs hinzuweisen, den alle Arbeitnehmer außerhalb des Erholungsurlaubs in Anspruch nehmen können. Eine Kostenbeteiligung der Pflegekräfte selbst, wie sie in anderen Bundesländern im Gespräch ist, lehnen wir ab.

### 7. Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen

Als Liberale begrüßen wir ein schlankes Regelsystem. Gleichwohl müssen bestehende Regeln eingehalten werden. Häufig berichten Pflegekräfte von Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz. Wöchentliche Höchstarbeitszeiten und andere arbeitsrechtliche Regelungen müssen eingehalten werden. Statt immer wieder neue Regeln zu erfinden, sollte die Einhaltung

bestehender Regeln mehr überprüft werden. Das Arbeitszeitgesetz sieht Bußgeld- und Straftatbestände für Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz vor. Wir fordern, dass die entsprechenden Behörden mit Mitteln zur Überprüfung arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen ausgestattet werden und vermehrt Überprüfungen in Pflegeeinrichtungen vornehmen, um das Wohl der Pflegekräfte und der zu Pflegenden zu schützen. Um diese Überprüfungen effektiver zu gestalten, fordern wir die Einführung manipulationssicherer digitaler Arbeitszeiterfassungssysteme. Die hierbei anfallenden Daten sollen unter Beachtung der geltenden Datenschutzgesetzgebung von den Arbeitgebern gespeichert und im Falle einer staatlich indizierten Kontrolle auf Anfrage an die zuständige Behörde übermittelt werden.

Ergänzend setzen wir uns dafür ein, dass die Anlaufstelle bei der Arbeitsschutzbehörde für in der Pflege Tätige, bei der sich auch anonym bei Verstößen, z.B. gegen das Arbeitszeitgesetz, gemeldet werden kann, bekannter gemacht wird.

### 8. Was kommt nach der Zwangskammer? Eine Organisation mit Rückhalt und Mehrwert

Als Liberale sehen wir eine Zwangsverkammerung generell kritisch, allerdings noch kritischer in Berufszweigen, die einen geringen freiberuflichen Anteil haben. Die Pflegekräfte in Schleswig-Holstein haben mit über 90% die Auflösung der 2016 durch die damalige SPD-Grünen-SSW Regierung beschlossene Pflegeberufekammer gefordert. Die in guter Absicht gegründete Körperschaft hatte nie die Mehrheit der durch Gesetz zur Mitgliedschaft verpflichteten Mitglieder auf ihrer Seite. Für uns Freie Demokraten ist wichtig, dass eine Interessenvertretung mehrheitlich von denjenigen getragen wird, für die sie geschaffen wird.

Die Rückmeldungen aus der Pflege sind eindeutig: Akzeptanz und Rückhalt lassen sich nicht einfach durch Beitragsfreiheit in einer Pflichtkammer herstellen. Vielmehr ist die freiwillige Mitgliedschaft der Schlüssel dafür, dass sich Pflegekräfte nicht mehr fremd-, sondern selbstbestimmt sehen.

## Für eine Politik für Pflegekräfte statt für Pflegekammern



Wir Freie Demokraten sind gerne bereit, einen demokratischen, auf möglichst breite Beteiligung fußenden Prozess zur Entwicklung einer echten Interessenvertretung zu begleiten, ohne jedoch parteipolitische Zielvorstellung gegen den Mehrheitswillen der Pflegekräfte durchzusetzen. Der Austausch und das Ringen um die besten Ideen mit den Pflegekräften und den beiden Sozialpartnern, Gewerkschaften und Arbeitgeberseite, ist uns Freien Demokraten wichtig, um Fortschritte bei einer Interessenvertretung sowie den Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Es ist anzustreben, dass aus der Mitte der Pflegekräfte eine Organisation entsteht, die von den Pflegekräften mehrheitlich unterstützt wird und für die sie auf die Straße gehen würden statt auf der Straße gegen sie zu demonstrieren. Diese Organisation soll perspektivisch bei sämtlichen landesrechtlichen Vorschriften, die die Ausübung des Pflegeberufs betreffen, einbezogen werden.

**Juni 2021**

**Dennys Bornhöft, MdL**

Gesundheitspolitischer Sprecher,  
FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

### Kontakt zur Fraktion:

**FDP-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein**

Tel.: (0431) 988-1480

Email: [info@fdp.ltsh.de](mailto:info@fdp.ltsh.de)

Web: [www.fdp-fraktion-sh.de](http://www.fdp-fraktion-sh.de)